Zurück in die Zukunft? Die Linkspartei.PDS und die Verlockungen des Populismus[1]

Michael Koß und Dan Hough

Die Linkspartei.PDS ist (neben der FDP) der eindeutige Sieger der Bundestagswahl 2005. Dennoch ist die Situation der PDS[2] nicht ausschließlich komfortabel, sondern vielmehr von einem Paradox gekennzeichnet. Auf der einen Seite stehen beachtliche Erfolge. Mit einem bundesweiten Stimmenanteil von 8,7 Prozent konnte sie ihr Ergebnis von 2002 (4 Prozent) mehr als verdoppeln. Die 4,9 Prozent der Stimmen, die die PDS im Westen der Bundesrepublik erhielt, zeugen davon, dass sie bei ihrem Versuch, eine gesamtdeutsche Partei zu werden, zum ersten Mal einen erkennbaren Erfolg errungen hat.

Auf der anderen Seite ist der Erfolg der PDS von sehr fragiler Natur. Die PDS ist 2005 vor allem aus Unzufriedenheit mit den anderen Parteien gewählt worden und nicht deshalb, weil sie mit eigenen Projekten überzeugen konnte. Selbst im für die PDS wichtigsten Politikfeld, der Gerechtigkeit, glauben nur 19 Prozent ihrer Anhänger, dass die PDS über eine signifikante Problemlösungskompetenz verfügt (Brie 2005: 5). Ihr Elektorat ist deshalb noch instabiler als das der anderen Parteien, sie verdankt ihr Wahlergebnis in erster Linie den Defiziten der anderen Parteien.

Der Erfolg der PDS in den kommenden Jahren wird deshalb maßgeblich davon abhängen, inwiefern es der Partei gelingt, sowohl bei

---

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen eines vom britischen Economic and Social Research Council geförderten Projekts über »Government Participation and the De-Radicalisation of Left-Wing Populist Parties«. Neben den zitierten Quellen basiert der Text vor allem auf etwa 50 Interviews, die wir mit Vertretern der Linkspartei.PDS (zum Großteil auf Landes-, aber auch auf Bundes- und Europaebene) geführt haben.

2 Der Einfachheit und Übersichtlichkeit halber wird im Folgenden von der »PDS« die Rede sein.

der Wählerschaft als auch bei den anderen Parteien Anerkennung zu verschaffen. Angesichts der Heterogenität der Bundestagsfraktion steht kaum zu erwarten, dass der PDS dies im Bundestag gelingen wird. Auch die gescheiterte Wahl Lothar Biskys ins Bundestagspräsidium lässt nicht auf eine baldige Anerkennung der PDS auf Bundesebene schließen. Innerhalb der Partei richten sich die Hoffnungen deshalb auf die Länderebene. Eine Analyse aus dem Kreis des reformorientierten »Forum Demokratischer Sozialismus« kommt zu dem Schluss, der Weg bis 2009 führe über die Länder (Hoff, Kahrs, Woop 2005: 52). Nur wenn die PDS in den ost- und möglicherweise auch westdeutschen Landtagen als Koalitionspartner akzeptiert werde, so die nachvollziehbare Argumentation, sei ihr elektoraler Erfolg dauerhaft abgesichert.

Diese Strategie dürfte erfahrenen Beobachtern bekannt vorkommen. Seit Mitte der 1990er Jahre versucht die PDS, ihre Legitimität durch Koalitionsoptionen in den ostdeutschen Bundesländern abzusichern – zum beträchtlichen Verdruss von Teilen des eigenen Lagers. Die Auseinandersetzung über die Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und vor allem in Berlin war denn auch die wichtigste Hintergrund der Krise der Partei nach der Abwahl aus dem Bundestag und dem Geraer Parteitag 2002, in der die PDS zu zerbrechen drohte (Gapper 2003: 71-80; Bortfeldt 2003: 745-50). Grund genug also, die Performanz der Partei in den ostdeutschen Bundesländern genauer zu untersuchen und der Frage nachzugehen, wie es der PDS gelang, koalitionsfähig zu werden, 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und 2002 in Berlin in die Regierung einzutreten.

Um aussagekräftigere Ergebnisse zu erhalten, wird die Strategie der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit der in zwei anderen Bundesländern verglichen, in denen sie bis heute keine Regierungsverantwortung übernommen hat, nämlich Sachsen und Brandenburg. Lassen sich zwischen den einzelnen Landesverbänden unterschiedliche strategische Ausrichtungen erkennen? Je größer die Differenzen innerhalb der und zwischen den einzelnen Landesverbänden der PDS, so unsere Annahme, desto schwieriger dürfte es für sie werden, zu einer einheitlichen Strategie zu finden. Dies wiederum dürfte auch die zukünftigen Aussichten der PDS, sich im Parteiensystem auf der Bundesebene zu etablieren, schmälern.

Um den Vergleich der strategischen Ausrichtung der vier Landesverbände zu vereinfachen, unterscheiden wir drei verschiedene

strategische Optionen: Parteien können entweder nach der Umsetzung ihrer Programmatik, Stimmenmaximierung oder Regierungsteilhabe streben (Strøm 1990; Strøm, Müller 1999).[3] Grundsätzlich bestimmen externe und interne Faktoren die strategische Ausrichtung einer Partei (Harmel, Janda 1994). Interne Faktoren sind vor allem die strategischen Ziele der Parteiführung bzw. des dominierenden Parteiflügels. Da hier Landesparteien analysiert werden, ist vor allem auf interne Auseinandersetzungen der Amts- und Mandatsträger auf der Landesebene (die als Parteiführung verstanden werden) zu achten.[4] Externe Faktoren sind vor allem die anderen Parteien. Wie stehen sie zu einer Kooperation mit der PDS? Darüber hinaus werden institutionelle Spezifika der jeweiligen Bundesländer und ihrer Parteiensysteme in die Untersuchung einbezogen.

Abschließend werden wir diejenigen internen und externen Faktoren, die die strategische Ausrichtung der PDS in den einzelnen Bundesländern beeinflussen, nachzeichnen. Von den hier untersuchten Ländern ist die PDS nur in Berlin vornehmlich auf Anerkennung als politischer Akteur bedacht. In den anderen Ländern sieht sie sich in verschiedenem Ausmaß den längst überwunden geglaubten Verlockungen des Populismus ausgesetzt.

Die Strategie in Mecklenburg-Vorpommern

Die Strategie der PDS in Mecklenburg-Vorpommern ist durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Ein hohes Maß an Pragmatismus, das in der Suche nach »Lösungen für die Leute hier im Land« (Holter 2000) kulminiert und eine starke Basisorientierung des Landesverbandes. Diese

---

3 Diese strategischen Optionen schließen einander zwar nicht völlig aus, sind aber doch so unvereinbar, dass letztlich ein Ziel dominiert und ein anderes diesem dominanten Ziel instrumentell dient. Wir haben uns an anderer Stelle ausführlicher mit der Operationalisierung des Konzepts der Parteiziele für Landesparteien beschäftigt (Koß, Hough 2006).

4 Die Basis wird einbezogen, insofern sie die Entscheidungen der Führung beeinflusst. Grundsätzlich müsste hier ebenfalls die Wählerebene berücksichtigt werden. Für die von uns gewählte Fragestellung scheinen die Wähler allerdings von nachgeordneter Bedeutung, da die Wählerschaft der PDS anders als CDU und SPD in Ostdeutschland zwischen den einzelnen Bundesländern nur wenig variiert (Jörs 2003: 152).

pragmatische, auf das eigene Bundesland abzielende Strategie war der wichtigste interne Faktor, der der PDS den Weg in die Regierungsbeteiligung ebnete. Die verhältnismäßig unideologische Ausrichtung des Landesverbandes verdeutlichte die von der Basis angeregte Aufarbeitung des »Zusammenschlusses« von KPD und SPD anlässlich seines 50. Jahrestages 1996.[5] Der langjährige Vorsitzende des Landesverbandes Helmut Holter räumte schließlich die verbleibenden Vorbehalte der Basis gegenüber den Sozialdemokraten durch zahllose Einzelgespräche aus, die »bis an die Grenze der körperlichen Leistungsfähigkeit« (Interview Holter) gingen.

Neben den internen Faktoren haben jedoch vor allem externe Faktoren eine wichtige Rolle hinsichtlich der strategischen Entwicklung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern gespielt. Hier ist zunächst die Struktur des Parteiensystems zu nennen. Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag 1994 wurde die mecklenburg-vorpommeranische Parteienlandschaft von drei etwa gleich starken Parteien bestimmt. Diese Konstellation wertete die PDS früh zu einem ernstzunehmenden landespolitischen Akteur auf. Hinzu kam, und dies dürfte noch wichtiger gewesen sein, eine große Distanz zwischen der eher links stehenden mecklenburg-vorpommeranischen SPD und der CDU, die seit 1994 in einer großen Koalition regierten. Zudem hatte Holter ein überaus gutes Verhältnis zum Vorsitzenden der Landes-SPD, Harald Ringstorff.

Schon 1994 kam es erstmals zu einer Kooperation von SPD und PDS, als man nach den Kommunalwahlen gemeinsame Bürgermeisterkandidaten wählte (Brandt 1994). Kurz darauf legte die SPD der PDS gar konkrete Bedingungen für eine Zusammenarbeit vor, wurde dann jedoch von der Bundespartei zurückgepfiffen (Frankfurter Rundschau 27.09.94; Preusker 1996). Nach dem Wechsel von Scharping zu Lafontaine an der Spitze der Bundes-SPD war dann der Weg frei für das erste rot-rote Bündnis auf Länderebene.

Auch nach dem Eintritt in die Koalition mit der SPD spielte das zweite Merkmal der mecklenburg-vorpommeranischen PDS, ihre Basisorientierung, eine wichtige Rolle. 1998 stimmte ein Parteitag nicht nur

---

5 Die Ergebnisse einer Tagung des Landesverbandes der PDS liegen als Monographie vor (Benser 1996). Auch diese Form der Aufarbeitung blieb nicht ohne Kritik (zur Debatte vgl. Klotz 1996). Für unsere Zwecke ist jedoch vor allem von Bedeutung, dass es eine solche intern angeregte Debatte von den hier untersuchten Landesverbänden der PDS allein in Mecklenburg-Vorpommern gegeben hat.

über den Koalitionsvertrag, sondern auch die Ministerkandidaten ab (Fehrle 1998). 2002 wurde sogar über jeden einzelnen Minister abgestimmt, was vor allem Holter in Verlegenheit brachte (Walter, Freitag 2002). Zwei Jahre nach Eintritt in die Regierung legte eine »AG Bilanz« ihren Bericht vor, 2004 eine »außerparlamentarische Begleitgruppe« (AG Bilanz 2000; Bockhahn 2004). Obwohl die Beteiligung der Parteibasis am Prozess des Regierens in der mecklenburg-vorpommeranischen PDS möglicherweise größer ist als in allen anderen deutschen Parteien, herrscht die Meinung vor, dass nicht genug unternommen werde. Die frühere Aufbruchsstimmung wird zunehmend von enttäuschten idealistischen Partizipationserwartungen überlagert. Auch in der Parteiführung bedauern viele, dass die Basis oft nur nachträglich von Entscheidungen der Führung unterrichtet wird. Nachdem Holter 2001 vom Amt des Parteivorsitzenden (auf Wunsch der Basis) zurückgetreten ist, wird der Landesverband zudem weniger entschieden geführt.

Nach 1998 hielten sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen zunächst in Grenzen, und dass, obwohl das große Prestigeobjekt des Landesverbandes, der »Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor« (ÖBS), nach 1998 bei weitem nicht so erfolgreich war wie erhofft.[6] Zum Menetekel wurde allerdings die große Steuerreform von 2000, der die mecklenburg-vorpommeranische PDS im Bundesrat zustimmte. Für viele im Landesverband symbolisierte die Steuerreform eine Abkehr der SPD von ihrem sozialdemokratischen Profil, die Zustimmung durch die PDS stieß auf heftige Kritik an der Basis und auch in der Führung. 2002 musste der Fraktionsvorsitzende Peter Ritter 2002 die Fortsetzung der Koalition dadurch sichern, dass er das Votum über erneute Koalitionsverhandlungen mit einer Vertrauensfrage verknüpfte (Walter, Freitag 2002).

Heute scheint seine zunehmende Spaltung den Landesverband für populistische Strategien der Stimmenmaximierung anfällig zu machen. Die Landtagsfraktion der PDS ist seit 2004 faktisch in zwei etwa gleich große Lager gespalten. Als damals ein Landesparteitag gegen die beiden zentralen Inhalte des Koalitionsvertrages, die Kreisgebietsreform und den Doppelhaushalt, stimmte, waren unter den Gegner auch sieben der 13

---

6 Die PDS hatte mit dem ÖBS ursprünglich 25.000 neue Stellen schaffen wollen (Wenz 1997), musste hier allerdings – wie in anderen Bereichen – bereits in den Koalitionsverhandlungen erhebliche Abstriche hinnehmen (Hough, Olsen 2004: 129). Nichtsdestotrotz wird der ÖBS in der gesamten PDS als große Errungenschaft des mecklenburg-vorpommeranischen Landesverbandes angesehen.

Abgeordneten der PDS. Vor allem die Abgeordneten der ländlichen Regionen des Landes wollen eher die finanzielle Ausstattung der Kommunen sichern als den landespolitischen Spielraum der Partei. Auch wird argumentiert, dass insbesondere seit der Unternehmenssteuerreform des Jahres 2000 die Rahmenbedingungen für den Verbleib in der Regierung nicht mehr gegeben seien. »Zuendeführen der Legislatur ja, Fortsetzung nein« (so ein Mitglied der Fraktion) lautet deshalb bei vielen in der Parteiführung die Devise.

Auch das Verhältnis zur SPD blieb während der gemeinsamen Regierungsverantwortung nicht spannungsfrei. 2001 sorgte Ringstorff mit seiner Zustimmung zur Rentenreform im Bundesrat (gegen eine koalitionsinterne Absprache) für eine schwere Koalitionskrise (Hough, Olsen 2004: 130). Dennoch sprechen heute die externen Faktoren wesentlich eher für einen Verbleib in der Koalition als die internen. Ringstorff hat erst kürzlich verkündet, bei den nächsten Landtagswahlen noch einmal als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in einer Koalition mit der PDS antreten zu wollen (Käßner 2005).

Aufgrund der Veränderung der internen Konstellation ist es jedoch fraglich, ob die PDS dieses Angebot annehmen wird. Auf einer Basiskonferenz beschloss der Landesverband kürzlich, bei der Landtagswahl allein um Stimmenzuwächse zu kämpfen. »Wir müssen Hartz IV überwinden« forderte die ehemalige Landessozialministerin und heutige Vizevorsitzende der Bundestagsfraktion Martina Bunge auf einer Basiskonferenz (Schweriner Volkszeitung, 01.11.05). Das ist nicht gerade eine genuin landespolitische Forderung. Die alte Strategie, Landesthemen in den Vordergrund zu stellen und koalitionsinterne Konflikte um bundespolitische Fragen zu entschärfen,[7] steht somit zur Disposition. Sollte, wie jetzt überlegt wird, nicht mit einer Bilanz der eigenen Regierungsarbeit, sondern mit allgemeinpolitischen (Protest-)Themen in den Wahlkampf gezogen werden, wäre dies eine klare Abkehr von der einstigen pragmatischen Grundhaltung des Landesverbandes.

---

7 Ein Konflikte über die Hartz IV Gesetze wurde bislang dadurch vermieden, dass PDS und SPD sich bereits im Koalitionsvertrag gegen eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau letzterer ausgesprochen hatten (Interview Methling).

Die Strategie in Berlin

Die strategische Ausrichtung der Berliner PDS unterscheidet sich deutlich von der in Mecklenburg-Vorpommern. Der Landesverband ist wesentlich weniger basisorientiert, sondern wird vielmehr von einer Gruppe um den heutigen Wirtschaftssenator Harald Wolf straff geführt. Der Kreis um Wolf, der vornehmlich aus jungen Abgeordneten besteht, hat kein Problem mit Mittelkürzungen: Die PDS legte in Berlin schon 1997 Sparprogramme vor.[8] Ihr geht es um eine »politische, kulturelle und vor allem finanzielle Erneuerung« (Interview Wechselberg). Der heutige Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich etwa sieht Schuldenabbau als genuin linke Politik an, weil eine zunehmende Überschuldung nur bedeute, dass noch mehr Geld für Zinsen an Banken gegeben werden müsse (Liebich 2003).

Die markanten Unterschiede zwischen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gehen vor allem auf die anderen externen Bedingungen in Berlin zurück. Der Zuschnitt Berlins als Hauptstadt und einzigem weder rein ost- noch westdeutschen Bundesland beeinflusst die Strategie der PDS in zweierlei Hinsicht. Zum einen versteht sich die Berliner PDS mehr als anderswo in Ostdeutschland als Wegbereiter für die Akzeptanz der Partei in Ost und West.[9] Wolf zufolge soll die Berliner PDS verstärkt auf Liberalität setzen und so die bislang den Grünen nahe stehenden Wähler aus den Innenstadtbezirken gewinnen. Internationalität, Vielfalt und Kreativität sollen neben wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Schwerpunkte der PDS werden (Wolf 2004). Die in Mecklenburg-Vorpommern (und auch in Brandenburg und Sachsen) anzutreffende partikularistische Grundhaltung spielt hier deshalb eine relativ geringe Rolle. Zum anderen akzeptiert die Berliner Basis den »avantgardistischen« Anspruch der

---

8 Beispielsweise beschloss die Berliner PDS bereits 1997 ein »reformpolitisches Sofortprogramm«, in dem für die PDS-Klientel schockierende Forderungen wie die nach einer Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst ohne vollen Lohnausgleich festgelegt wurden (Miller 1997). Im Wahlkampf 2001 gingen die Sparforderungen der PDS deutlich weiter als die von Grünen, SPD und CDU (Rada 2001).

9 Nicht zufällig ist auch das eingangs zitierte Strategiepapier (Hoff, Kahrs, Woop 2005) in Berlin entstanden. Auch die Berliner Abgeordnete Elke Breitenbach fordert in einem Strategiepapier, »dass wir auf der Landesebene Regierungsverantwortung anstreben und entsprechend umsetzbare Politikkonzepte vorbereiten« (Breitenbach, Schubert 2005: 5). In den anderen Landesverbänden scheinen solche strategische Debatten keine so herausgehobene Rolle zu spielen.

Parteiführung nachgerade ohne Murren. Da der Ostteil der Stadt nicht nur eine Hochburg der PDS ist, sondern auch Hauptstadt der DDR war, steht der Berliner PDS das Staatstragende traditionell näher als anderen Landesverbänden, die Neigung, der Parteiführung zu folgen, ist hier ausgeprägter.

Externe Faktoren waren auch in anderer Hinsicht für die realistische Haltung des Landesverbandes mitverantwortlich. Die Berliner PDS führte schon 1991/92 eine Grundsatzdebatte darüber, inwiefern sie in der Bundesrepublik politische Verantwortung übernehmen wollte. Grund dafür war die Berliner Verwaltungsstruktur, der zufolge die Bezirksämter paritätisch besetzt werden, so dass der PDS in mehreren Bezirken im Osten der Stadt Posten des stellvertretenden Bürgermeisters zustanden. Nach einer kontroversen Auseinandersetzung wurden diese Posten 1992 angenommen, viele Anhänger eines fundamentaloppositionellen Kurses verließen schon damals den Landesverband (Interview Gabelin).

Seit 1995 stellt die PDS Bezirksbürgermeister, die von SPD und Grünen mit gewählt werden. Das gute Verhältnis zu diesen beiden Parteien ist ein weiterer wichtiger Faktor für die stark auf das Machbare ausgerichtete Strategie der Berliner PDS. Gerade die jüngeren Abgeordneten von SPD und PDS verbindet diese Haltung.[10] Die Kontakte zwischen beiden Parteien intensivierten sich im Zuge der Neugliederung der Bezirke 2000 weiter. Eine institutionelle Besonderheit Berlins verhindert ferner Interessengegensätze zwischen Kommunal- und Landespolitikern: Da die Berliner Bezirke formal Teil der Verwaltung sind, ist eine gleichzeitige Mitgliedschaft in Bezirksversammlungen und Abgeordnetenhaus nicht möglich. Eine Spaltung der Fraktion in kommunalen Fragen, wie sie heute die PDS in Mecklenburg-Vorpommern lähmt, ist daher weniger wahrscheinlich.

Dass die PDS nach der Wahl von 2001 tatsächlich in den Senat eintrat, ging maßgeblich auf den Berliner Bankenskandal zurück, in dessen Folge die SPD sich von der CDU distanzierte und diese als Koalitionspartner ausschloss. Dadurch, vor allem durch das gemeinsame Misstrauensvotum gegen die CDU, wurde die PDS entscheidend aufgewertet (McKay 2002: 22 f.). So sah sich die Berliner PDS immer wieder gezwungen, ihre Strategie den externen Ereignissen anzupassen, die oft genug den eigenen

10 In der PDS sind es bemerkenswerterweise vor allem die jüngeren Politiker, die »erstaunlich aggressiv« mit den Kritikern der Regierungsbeteiligung umgehen (Rex 2004; s.a. Mentschel 2003).

Plänen vorauseilten: Kurz vor dem Eintritt in den Senat sah ein internes Strategiepapier noch erheblichen Klärungsbedarf bei den eigenen Politikinhalten, wenn man bis 2004 in eine Koalition eintreten wolle (Freundl, Wolf 2001).

Hinsichtlich der internen Faktoren unterscheidet sich die Berliner PDS in zweifacher Hinsicht ebenfalls deutlich von ihrem mecklenburg-vorpommeranischen Pendant. Zum einen gibt es innerhalb der Führung keine Spaltung, zum anderen hat die Führung gegenüber der Basis deutlich mehr Freiräume als in Mecklenburg-Vorpommern. In Partei und Fraktion gibt es eine klare Absprache, keine Regierungskrisen zur Befriedigung der Basis zu inszenieren, ebenso ist es nicht erwünscht, dass Parteitage zu großen Einfluss auf die Politik des Senats ausüben und der Fraktion dadurch »Fesseln anlegen« (so ein Mitglied der Fraktion). Dieser stark auf reibungsloses Regieren abzielende Grundkonsens ist in der Parteiführung nahezu unumstritten und unterscheidet die Berliner PDS deutlich von den anderen hier untersuchten Landesverbänden. Wenig überraschend hat sich Harald Wolf denn auch bereits im September 2004 für eine Fortsetzung der Koalition über 2006 hinaus ausgesprochen (Wolf 2004).

Der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung der Basis spielt in Berlin wie bereits erwähnt bei weitem keine so wichtige Rolle wie in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Haltung bringt dem Berliner Landesverband vielmehr innerhalb der Gesamtpartei viel Kritik ein, so beispielsweise jüngst, als Berlin sich anders als Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat bei der Abstimmung über die EU-Verfassung nicht enthielt, obwohl ein Bundesparteitag der PDS sich gegen den Verfassungsentwurf ausgesprochen hatte (Hohlt, Bortfeldt 2004).[11] Innerhalb der Führung des Berliner Landesverbandes steht vor allem die Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch dem Kurs Wolfs kritisch gegenüber. Sie äußerte sich auch als einzige skeptisch gegenüber Wolfs strategischen Vorgaben (Beikler 2004). Zu einer offenen Auseinandersetzung hat Lötzsch, die dem einflussreichen Bezirk Lichtenberg-Hohenschönhausen vorsteht, es jedoch nicht kommen lassen.

Charakteristisch für den Berliner Landesverband der PDS ist auch ein hohes Maß an Skepsis gegenüber vereinfachenden und populistischen Politikansätzen. Gregor Gysis Wahlkampf von 2001, der stark auf seine

---

11 Einem Mitglied des sächsischen Landesvorstandes zufolge brachten die Berliner damit eine Attitüde des »es ist uns egal, Hauptsache, wir regieren« zum Ausdruck. Ähnliche Kritik ist in der gesamten Partei sehr weit verbreitet.

eigene Person zugeschnitten war und von der PDS-Mitgliedschaft Gysis gleichsam abzulenken suchte (McKay 2002: 23-25),[12] wurde im Landesverband sehr kritisch gesehen, obwohl er der Partei viele Neuwähler einbrachte. Ein Fraktionsmitglied bezeichnete Gysis Versprechen, in den Bereichen Kultur und Bildung nicht kürzen zu wollen, als »klassische Verwechslung von Politik und Propaganda«. Die Harz IV Gesetze lehnt der Landesverband zwar ebenfalls ab, allerdings wird auch hier ein gemäßigter Ton angeschlagen: »Die PDS Berlin kann Hartz IV nicht verhindern. Bundesgesetze müssen in einem föderalen System mit gutem Grund von Landesregierungen umgesetzt werden« (Wolf 2004). Als einziger der hier untersuchten Landesverbände widersteht die Berliner PDS den Verlockungen des Populismus.

Die Strategie in Brandenburg

Der brandenburgische PDS-Landesverband ist durch eine ganze Reihe von Paradoxien geprägt. Zwar konnte die PDS in Brandenburg ihr bisher bestes Landtagswahlergebnis einfahren (2004 mit 28 Prozent), dennoch hat die Partei in den letzten Jahren einen Machtverlust hinnehmen müssen. Obwohl die brandenburgische PDS eindeutig von der Fraktion dominiert wird (Neugebauer 2001: 55-57) und diese wiederum klar von pragmatisch orientierten Kommunalpolitikern,[13] wurde der Landesverband dennoch häufig von heftigen internen Auseinandersetzungen heimgesucht. Allein der Landesvorsitz wechselte seit 1990 sechs Mal. Insgesamt scheint die strategische Ausrichtung der PDS in Brandenburg nicht abschließend geklärt zu sein, zumal momentan erneut ein personeller Wechsel ansteht. Die PDS laviert zwischen Real- und Protestpolitik. Dafür sind sowohl externe als auch interne Faktoren verantwortlich.

Hinsichtlich der externen Faktoren war es vor allem der spezifische »Brandenburger Weg«, der die PDS zunächst prägte. Anders als in allen anderen ostdeutschen Bundesländern kooperierte die PDS in der ersten

12 Gysis Kampagne kann damit als Beispiel für die neue Form der »populistischen Demokratie« (Mair 2002) angesehen werden, in der Politiker versuchen, direkte Verbindungen mit der Wählerschaft an ihren Parteien vorbei zu etablieren.

13 Etwa zwei Drittel der Landtagsabgeordneten haben auch kommunale Mandate inne (19 von 29).

Legislaturperiode eng mit allen anderen Parteien und war auch an der Ausarbeitung der Landesverfassung beteiligt (Gerth 2003: 85). Bereits in der zweiten Legislaturperiode ließ das Ausmaß der Kooperation aber deutlich nach, da die SPD mit ihrer absoluten Mehrheit nicht auf die PDS angewiesen war. 1999 schließlich zog die SPD die CDU der PDS als Koalitionspartner vor. Anders als in Mecklenburg-Vorpommern bestand auf Seiten der Sozialdemokraten auch grundsätzlich wenig Interesse an einer Zusammenarbeit mit der PDS, die diese nur unnötig aufwerten würde. Zudem musste der SPD-Vorsitzende Manfred Stolpe im Fall einer Kooperation mit der PDS fürchten, dass die Spekulationen um seine Tätigkeit für die Stasi wieder öffentlich fortgesetzt wurden. Eine Koalitionsabsprache zwischen SPD und CDU von 1999 unterband schließlich jegliche gemeinsame parlamentarische Initiativen mit der PDS. Der Wechsel an der SPD-Spitze von Stolpe zu Matthias Platzeck verbesserte dann das Klima wieder, weil Platzeck einer Zusammenarbeit mit der PDS offener gegenübersteht als Stolpe (Tagesspiegel, 10.08.99; Berg 2004).

Die Strategie der PDS spiegelt diesen faktischen Machtverlust, den sie auch durch Verbesserung ihrer Wahlergebnisse nicht kompensieren konnte, wider. Unterbreitete die PDS der SPD bereits 1997 öffentlich ein Koalitionsangebot (Mara 1997), so erklärte sie 1999 den Brandenburger Weg offiziell für beendet (Bisky, Wehlan 1999). Der deutliche Rückgang auch des öffentlichen Interesses an den Positionen der PDS war dann der Nährboden, auf dem die innerparteilichen Auseinandersetzungen[14] gediehen. Die PDS zog daraus die Konsequenz, stärker auf »außerparlamentarischen Druck, der zum Handeln zwingt« zu setzen (Interview Vietze). Dies ist der Hintergrund für den jüngsten Landtagswahlkampf, der stark durch die populistische[15] Ablehnung der Hartz IV Gesetze der Bundesregierung geprägt war.

Allerdings gab es auch interne Gründe dafür, dass die PDS sich in Brandenburg von ihrem realpolitischen Ansatz entfernte. Die relativ enge Kooperation mit den anderen Parteien im »Brandenburger Weg« wurde

---

14 Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war 1999/ 2000 die völlige Entfremdung zwischen der damaligen Vorsitzenden Anita Tack und den Mitarbeitern der Parteizentrale, in deren Zusammenhang selbst der sonst gemütliche Lothar Bisky von »linken Banden« in der brandenburgischen PDS sprach (Mallwitz 1999).

15 Populistisch deshalb, weil hier vorgegeben wurde, die Interessen »der Menschen« gegen eine Elite (»die da oben«) zu vertreten. Margaret Canovan bezeichnet diese Variante des Populismus als politische Strategie als »politician's populism« (Canovan 1981: 260 f.).

nahezu ausschließlich von der Parteiführung getragen. Namentlich waren dies vor allem der Stratege Michael Schumann, der ungemein einflussreiche Strippenzieher Heinz Vietze und die Integrationsfigur Lothar Bisky. Anders als in Mecklenburg-Vorpommern versäumte es die Führung in Brandenburg aber, auch die Basis von der Notwendigkeit ihrer pragmatischen Strategie zu überzeugen. Hier wurde häufig mit alter Kadermentalität die Gefolgschaft der Basis eingefordert, ein Führungsstil, der auch in der PDS immer schlechter ankommt. Dies rächte sich, als die äußeren Bedingungen für die Strategie der Kooperation zusehends entfielen. Hinzu kam, dass die starke Verwurzelung und Verantwortung der PDS auf der lokalen Ebene in Brandenburg ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern[16] keineswegs ausschließlich das Lager der landespolitischen Reformer stärkte, da es häufig zu Interessengegensätzen zwischen Kommunal- und Landespolitik kam.

Nach dem Tod Schumanns 2000 entstand ein konzeptionelles Vakuum in der Partei. Ralf Christoffers, der dieses Vakuum gern gefüllt hätte, gelang es mit seinen unkonventionellen Positionen[17] nicht, den Landesverband auf eine dezidiert realpolitische Linie zu bringen. Offensichtlich wohl wissend um die internen Spannungen, vermieden es die Protagonisten der Partei fortan, klare Positionen zu beziehen. Bestes Beispiel hierfür war der Landesparteitag 2003: Heinz Vietze stellte hier klar, die PDS brauche trotz leerer Kassen kein Sparkonzept für Brandenburg. Man müsse vielmehr klarmachen, wo nicht der Rotstift angesetzt werden solle. Generell kreisten die Debatten vornehmlich um den fernen Irak (Klesmann 2003). In der Öffentlichkeit wird die brandenburgische PDS vor allem mit ablehnenden Positionen wahrgenommen: Nein zu Hartz IV, Nein zum Großflughafen Berlin-Brandenburg, Nein zur Fusion der beiden Bundesländer. Nach der Landtagswahl 2004 kam es trotz des populistischen Anti-Hartz IV Wahlkampfes der PDS, der einmal mehr ihr konzeptionelles Vakuum kaschierte, zwar erstmals zu Sondierungsgesprächen mit der SPD, allerdings scheiterten diese schnell, nicht zuletzt, weil man auf Seiten der

16 Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sind die kommunalpolitischen Hochburgen der PDS. In Brandenburg verfügt die PDS über 10 haupt- und 12 ehrenamtliche Bürgermeister, in Mecklenburg-Vorpommern sind es 3 bzw. 45, zu denen hier noch zwei Landräte kommen (Klaus 2005).

17 Als Landesvorsitzender brüskierte Christoffers die Basis mit Spekulationen über eine Kooperation mit der CDU (Der Spiegel, 13.08.01) und steht auch in Wirtschaftsfragen den Christdemokraten teilweise näher als den eigenen Parteifreunden.

PDS Angst hatte, eine weitere Regierungsbeteiligung könne den Wiedereinzug der Partei in den Bundestag weiter gefährden (Niedermayer 2005: 76). Nach dem Wechsel von Bisky und Enkelmann in den Bundestag muss die PDS nun einen weiteren Führungswechsel hinnehmen. Die neue Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser wurde jüngst mit 69 Prozent der Stimmen gewählt, ein Ergebnis, das signalisiert, dass die Spannungen im Landesverband nicht abgenommen haben (Tagesspiegel, 19.10.05).

Anders als in Mecklenburg-Vorpommern hat die brandenburgische PDS kein emblematisches Projekt wie den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, aber auch keinen Missstand wie den Berliner Bankenskandal, gegen den man sich absetzen könnte. Das sind nicht gerade verlockende Aussichten für interne Geschlossenheit oder eine Revision der eigenen Strategie. Die brandenburgische PDS dürfte deshalb auf eine Implosion der CDU nach dem Abgang ihres Vorsitzenden Jörg Schönbohms hoffen, die sie selbst als potenziellen Koalitionspartner aufwerten würde.

Die Strategie in Sachsen

Der sächsische Landesverband der PDS weist viele Parallelen zu seinem brandenburgischen Pendant auf. Ähnlich wie in Brandenburg ist die PDS in Sachsen auf der Führungsebene von starken Spannungen geprägt, die Basis scheint indes noch traditionalistischer eingestellt zu sein. Drei wichtige Unterschiede fallen jedoch ins Auge: Erstens gibt es im sächsischen Landesverband keine so unangefochtene interne Führungspersönlichkeit wie Heinz Vietze in Brandenburg, was den innerparteilichen Auseinandersetzungen mehr Schärfe verleiht. Zweitens verfügt die sächsische PDS nach wie vor aufgrund der Struktur des sächsischen Parteiensystems über keine wirklich realistische Perspektive auf eine Regierungsbeteiligung. Zwar sucht auch die sächsische PDS aufgrund dieser Dilemmata ihr Heil im Populismus, entwickelt aber drittens in jüngster Zeit zusätzlich pragmatische, auf eine Regierungsbeteiligung abzielende Positionen.

Intern ist die sächsische PDS gespalten wie kein anderer Landesverband, sie ist ein Mikrokosmos aller Strömungen der PDS in Ostdeutschland. Da ist zum einen die traditionelle Rivalität zwischen den

drei Stadtverbänden Dresden, Leipzig und Chemnitz, die auch institutionell verankert ist: Die kommunalen Gliederungen geben in Sachsen einen deutlich höheren Anteil ihrer Einnahmen direkt an die drei Stadtverbände, was den Landesvorstand im Vergleich nachhaltig schwächt (Interview Ernst). Auch strategisch gibt es deutliche Unterschiede, vor allem zwischen Dresden und Leipzig: Steht der Dresdner Stadtverband einer Kooperation mit SPD und Grünen auf Landesebene sehr offen gegenüber,[18] setzen die Leipziger traditionell ausschließlich auf Opposition. Dieser Gegensatz hat sich in den letzten Jahren abgeschwächt, an seine Stelle ist aber ein weiterer Konflikt getreten, der die sächsische PDS stark polarisiert. Wie in keinem anderen Landesverband gibt es hier eine generationelle Konfliktlinie, die ihren Ausdruck im Auftreten der so genannten »Jugendbrigade« fand.

Die »Jugendbrigade« hat vor allem der emanzipatorischen Linken[19] zu größerem Gewicht verholfen, die wiederum mit beiden traditionellen Flügeln des Landesverbandes im Konflikt steht. Hierbei handelt es sich auch um eine Auseinandersetzung von Anhängern verschiedener Politikstile, der grob auch einen Generationenkonflikt in der PDS widerspiegelt: Die emanzipatorische Linke favorisiert einen dialogischen Stil, während für die Traditionalisten Deutungsmacht vornehmlich aus Parteiämtern folgt. Der Vorwurf der Älteren, die Jüngeren setzten ihre Vorstellungen auch aus karrieristischen Motiven ein, ist sicherlich nicht völlig aus der Luft gegriffen. Ähnliche Generationskonflikte gibt es zwar in allen Landesverbänden, nur sind die Forderungen in Sachsen deutlich radikaler und werden hier auch radikaler vorgebracht.

Diese Radikalität, mit der die verschiedenen Positionen in der sächsischen PDS aufeinander treffen, ist vor allem durch externe Faktoren, namentlich die Struktur des Parteiensystems, erklärbar. Die CDU war und

---

18 Bereits 1996 forderte die Dresdner Ronald Weckesser und Christine Ostrowski nicht nur, dass die PDS koalitionsfähig werden müsse, sondern auch, dass sie sich allein auf Ostdeutschland beschränken, gleichsam zu einer CSU des Ostens werden sollte (Hough 2002: 35). Beide Forderungen waren in der PDS insgesamt höchst umstritten und polarisierten den Landesverband enorm.

19 Die emanzipatorische Linke setzt sich inhaltlich deutlich von der Linie der PDS ab. Ihr geht es um eine Abkehr vom »Vollbeschäftigungsmythos« und der »demografischen Fixierung«. Sie fordert deshalb, die Sozialsysteme von der Erwerbssituation und der Altersstruktur der Bevölkerung zu entkoppeln. An die Stelle der Sozialhilfe soll ein bedingungslos zu zahlendes Grundeinkommen treten. Darüber hinaus setzt sich die emanzipatorische Linke für mehr individuelle Selbstbestimmung ein, weswegen wiederum das »Recht auf Rausch« postuliert wird (Interview Kipping).

ist der klar dominierende Akteur in der sächsischen Parteienlandschaft und hat bis 2004 das Land allein regiert. Die SPD wiederum ist so schwach, dass sie selbst mit der PDS nicht regieren könnte. Zudem hielten CDU und SPD in Sachsen lange den im Vergleich der hier untersuchten Bundesländer konsequentesten Ausgrenzungskurs gegenüber der PDS aufrecht und schlossen nicht nur im Parlament, sondern auch auf der kommunalen Ebene Bündnisse gegen die PDS (Brink 1994). Die Radikalität und die internen Konflikte der PDS sind auch ein Ergebnis dieser Ausgrenzung. In den Worten eines Abgeordneten: »Da hat man dann sozusagen das Innenleben gepflegt und hat da seine Erfolge eingebaut«.

Erst seit 1999 gibt es auch externe Impulse für einen Strategiewechsel. In diesem Jahr gelang es der PDS, mit ihrem weitgehend populistischen Kurs (Reimer 1999) die SPD als stärkste Oppositionskraft abzulösen. Sichtbarster Ausdruck dieser Umorientierung waren der alternative Haushaltsplan, den die PDS erstmals 2000 präsentierte und das 2004 vorgestellte »Alternative Landesentwicklungskonzept«, das detailliert darlegte, wie ein von der PDS geführtes Sachsen aussehen würde (PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 2004). Das mit dem alternativen Haushaltsplan formulierte Ziel eines »schuldenfreien Sozialismus« (Klameth 2000) klang fast schon ein bisschen nach den Berliner Parteifreunden. Allerdings waren diese realpolitischen Vorstöße nicht allein an der Basis, sondern auch in der Fraktion überaus umstritten.

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass die sächsische PDS in den letzten Jahren zwischen bedingungsloser Opposition und realpolitischer Öffnung schwankte. Auf der einen Seite machten sowohl die Landesvorsitzende Cornelia Ernst als auch der Fraktionsvorsitzende Peter Porsch der SPD wiederholt Kooperationsangebote und ließen sich auch von Absagen der Sozialdemokraten nicht entmutigen (Heitkamp 2001; Novak 2003; Lasch 2004). Auf der anderen Seite gerierte sich der Landesverband nach der Niederlage in der Bundestagswahl 2002 in alter Tradition als innerparteiliche Opposition und warf vor allem dem Berliner Landesverband vor, durch seine Regierungspolitik die Niederlage maßgeblich verschuldet zu haben (Ernst 2002). Die sächsische PDS betrieb in der Folge auch die Wiederwahl Gabi Zimmers als Bundesvorsitzende der PDS auf dem Geraer Parteitag, in dessen Folge die Partei zu zerbrechen drohte. Bei Landtagswahl 2004 versuchte die sächsische PDS noch mehr als ihr brandenburgisches Pendant, mit der

»Armut per Gesetz«-Kampagne den Unmut über die Hartz IV Gesetze der Bundesregierung in Wählerstimmen umzumünzen (Küpper 2004).

Diese strategische Unbestimmtheit reflektiert auch die innere Verfassung der sächsischen PDS: Der Fraktionsvorsitzende Peter Porsch ist zwar unangefochten, greift jedoch anders als etwa sein Pendant Stefan Liebich in Berlin kaum in die internen Auseinandersetzungen ein, die Position der Landesvorsitzenden Cornelia Ernst ist durch die innerparteilichen Auseinandersetzungen geschwächt. Es fehlt, kurz gesagt, an politischer Führung. Ähnlich wie seinem brandenburgischen Pendant gelingt es dem sächsischen Landesverband der PDS nur bedingt, angesichts interner Auseinandersetzungen eine kohärente Strategie zu verfolgen. Dies hat ähnlich wie in Brandenburg eine Affinität zu populistischen Forderungen zur Folge, auch wenn die sächsische PDS in den letzten Jahren durch ihr Umfeld, vor allem ihre Position als stärkste Oppositionspartei, stabilisiert zu werden scheint.

Fazit und Ausblick: Was beeinflusst die Strategie der Linkspartei.PDS?

Insgesamt ergeben sich zwischen den hier untersuchten Landesverbänden bemerkenswerte Unterschiede hinsichtlich der strategischen Ausrichtung. In Mecklenburg-Vorpommern scheint die PDS vor allem auf konkrete Ergebnisse, also Politikinhalte, für ihr Bundesland bedacht. Demgegenüber kommt dem Verbleib in der Koalition, also der Regierungsteilhabe, in Berlin größere Bedeutung zu. In Brandenburg und Sachsen hingegen steht das Ziel der Stimmenmaximierung im Vordergrund, wobei Politikinhalte und Regierungsteilhabe im Zeitverlauf in Sachsen eher wichtiger wurden, in Brandenburg eher an Bedeutung verloren (Koß, Hough 2006). Wir wollen hier abschließend der Frage nachgehen, welche Faktoren die Strategie der PDS beeinflussen. Der Vergleich der vier Landesverbände legt zwei maßgebliche Schlussfolgerungen nahe: Zum einen hängt die Entscheidung darüber, wann und wo die PDS als Koalitionspartner akzeptiert wird, maßgeblich von externen Faktoren ab. Zum anderen jedoch wird der Erfolg der PDS vor allem in der Regierungsverantwortung ebenso stark von internen Faktoren bestimmt.

Die PDS ist bislang allein dort als Koalitionspartner akzeptiert worden, wo die SPD über keine Alternativen zu ihr verfügte. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hat sie sich zunächst sehr ähnlich entwickelt, gelangte dann aber nur in Mecklenburg-Vorpommern in die Regierung – vor allem weil es hier anders als in Brandenburg zum Zerwürfnis zwischen SPD und CDU kam. Analog dazu ist die Berliner Koalition ohne den Bankenskandal und die Delegitimierung der dortigen CDU kaum denkbar. Dies bedeutet jedoch nicht, dass interne Faktoren für die Entwicklung der PDS keine Rolle spielen. So haben die Parteiführungen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin es vermocht, interne Konflikte, wie sie in Brandenburg und Sachsen an der Tagesordnung sind, durch entschiedene politische Führung zu unterbinden und die PDS als handlungsfähigen Akteur zu präsentieren.

Noch wichtiger scheinen interne Faktoren jedoch dann zu werden, wenn die PDS an Regierungen beteiligt ist. Dann kommt es noch mehr auf politische Führung, hier verstanden als Festlegung des gesamten Landesverbandes auf eine Strategie, an. Hier zeigt der mecklenburg-vorpommeranische Landesverband deutliche Auflösungserscheinungen, während sich die Berliner PDS vergleichsweise zielstrebig präsentiert. Es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass in Berlin die (externen) Bedingungen für entschiedene politische Führung ungleich besser sind. Die PDS tritt auch im Westteil der Stadt zu Wahlen an, was progressive Positionen und Strategien, die den Charakter der PDS als ostdeutsche Regionalpartei (Hough 2000, 2002) hinter sich lassen, entscheidend begünstigt. Ungünstigerweise ist die Berliner PDS, die strategisch vergleichsweise konsequent agiert, in der Gesamtpartei nachgerade isoliert, eben weil der Berliner Landesverband das Selbstverständnis der PDS in Frage stellt.

Nehmen diese innerparteilichen Auseinandersetzungen zu, könnte die PDS ähnliche Probleme wie nach ihrer Abwahl aus dem Bundestag 2002 bekommen. Die PDS ist von einer Unzahl von Konfliktlinien durchzogen, was politische Führung in der Partei in der Tat zu einer »Quadratur des Kreises« werden lässt (Micus 2005). Auch wenn eine Regierungsbeteiligung der PDS an sich (zumindest auf Länderebene) nicht mehr wirklich in Frage gestellt wird, ist der Weg, der zu einer machtpolitischen Verankerung der Partei in der Bundesrepublik führen soll, alles andere als unumstritten.[20] Im

---

20 Bemerkenswerterweise gleichen sich die Argumentation der heutigen Kritiker und die der Vertreter der Kommunistischen Plattform (die heute keine Rolle mehr spielt) in der

Kern kreisen die Auseinandersetzungen um Kommunikationsstile. Kommunikation zum einen mit dem politischen Gegner, zum anderen aber auch, dies wird oft übersehen, um die Art der innerparteilichen Kommunikation. Hier stehen die Vertreter eines dualistisch-hierarchischen Politikstils der wachsenden Zahl derer gegenüber, die ein nuancierteres Politikverständnis haben.

Der Populismus der PDS ist im Lichte unserer Ergebnisse die Ausgeburt ihrer internen Auseinandersetzungen. Die PDS ist indes keine genuin populistische Partei, was insbesondere die Strategien des Berliner und bislang auch des mecklenburg-vorpommeranischen Landesverbandes belegen.[21] Wie die Beispiele Brandenburg und Sachsen (möglicherweise auch Mecklenburg-Vorpommern) verdeutlichen, werden die Verlockungen eines Rückfalls zu populistischen Strategien für die PDS immer größer, je stärker die inneren Auseinandersetzungen werden. Daneben verhilft das Reizthema »Hartz IV« dem Populismus als politischer Strategie innerhalb der PDS zu einer Renaissance. Dies erscheint in der Ära des »populistischen Zeitgeistes« (Mudde 2004) gleichermaßen nahe liegend wie Erfolg versprechend.

Eine Aussprache über strategische Fragen bleibt in der PDS aufgrund der Spannungen zwischen und innerhalb der ostdeutschen Landesverbände aus, zumal die Protestwahlkämpfe bislang sehr gute Ergebnisse gezeitigt haben. Angesichts der bevorstehenden Vereinigung mit der WASG rückt ein innerparteilicher Minimalkonsens in strategischen Fragen in noch weitere Ferne, sie dürfte eher den populistischen Strategien Vorschub leisten. Populistische Strategien allein verhelfen Parteien allerdings nicht zu langfristiger Akzeptanz. So könnte es am Ende passieren, dass die PDS sich mit längst überkommen geglaubten Strategien zu Tode siegt. Die Zukunft der PDS bleibt deswegen offen und wird weiter stark von Faktoren außerhalb ihres Einflusses abhängen.

Mitte der 1990er Jahre im Kern: Beide argumentieren mit den Rahmenbedingungen, die eine Regierungsbeteiligung entgegenstünden. Ist es heute die Steuerreform der Bundesregierung, so war es damals der Föderalismus an sich (Heuer, Lieberam, Schirmer 1996), der gestaltende Politik auf der Länderebene in den Augen der Kritiker unmöglich werden ließ.

21 Genuin populistische Parteien berufen sich in der Regel auf das »Volk«. das sie vor einer korrupten Elite schützen wollen und weisen somit eine Affinität zum rechten politischen Spektrum auf (Frölich-Steffen, Rensmann 2005: 4-11).

Interviews und Literatur

Zitierte Interviews

Ernst, Cornelia, Vorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen, Interview am 29. Juni 2005 in Dresden.

Gabelin, Annegret, stellv. Vorsitzende der Linkspartei.PDS Berlin, Interview am 15. Juli 2005 in Berlin.

Helmut Holter, Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Interview am 5. August 2005 in Schwerin.

Kipping, Katja, stellv. Bundesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete der Linkspartei.PDS, Interview am 14. Juli 2005 in Dresden.

Methling, Wolfgang, Minister für Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Interview am 8. Juli 2005 in Berlin.

Vietze, Heinz, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS in Brandenburg, Interview am 22. Juni 2005 in Potsdam.

Wechselberg, Carl, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, Interview am 20. Juli 2005 in Berlin.

Literatur

AG Bilanz (2000), Zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg Vorpommern, in: *Pressedienst*, Nr. 51.

Beikler, Sabine (2004), Profil schärfen, Streit vermeiden, in: *Tagesspiegel* v. 28. September.

Benser, Günter (1996) (Hg.), *Der Zusammenschluß von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern: Beiträge und Diskussion der Geschichtskonferenz des Landesverbandes der PDS Mecklenburg-Vorpommern und des Forums für politische und interkulturelle Bildung e.V.*, Rostock.

Berg, Stefan (2004), Mann aus dem Kreml, in: *Der Spiegel* v. 23. August.

Bisky, Lothar, Wehlan, Kornelia (1999), Brandenburger Weg ist endgültig zu Ende, in: *Pressedienst*, Nr. 45.

Bockhahn, Stefan (2004), Licht und Schatten und der Rat, Schwerpunkte zu setzen. Die APO-Gruppe in Mecklenburg-Vorpommern, in: *Disput*, Nr. 10.

Bortfeldt, Heinrich (2003), Die PDS am Ende?, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5, S. 737–751.

Brandt, Ernst-Michael (1994), »Wir sind das Volk«, in: *Die Woche* v. 30. Juni.

Breitenbach, Elke, Schubert, Katina (2005), *Wenn wir den Politikwechsel 2009 wollen, müssen wir zum Sprung bereit sein* (Manuskript).

Brie, Michael (2005), *Nach der Bundestagswahl. Analyse und Prognose* (Manuskript).

Brink, Nana (1994), »Wer mit uns nicht spielt, lässt den Wähler allein«, in: *Tagesspiegel* v. 23. Juni.

Canovan, Margaret (1981), *Populism*, New York u. London.

Ernst, Cornelia (2002), Wichtig ist, dass die PDS es aushält, weiter Regierung wie Opposition zu sein. Offener Brief des Landesvorstandes Sachsen an die PDS Berlin, in: *Pressedienst*, Nr. 3.

Fehrle, Brigitte (1998), Vorwärts, und vergessen, in: *Berliner Zeitung* v. 2. November.

Freundl, Carola, Wolf, Harald (2001), *Vor der Kür kommt die Pflicht. Arbeitspapier zu den politischen Aufgaben der PDS-Fraktion bis 2004* (Manuskript).

Frölich-Steffen, Susanne, Rensmann, Lars (2005), Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung, in: *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, hg. v. Susanne Frölich-Steffen u. Lars Rensmann, Wien, S. 3–34.

Gapper, Stuart (2003), The Rise and Fall of Germany's Party of Democratic Socialism, in: *German Politics*, Heft 2, S. 65–85.

Gerth, Michael (2003), *Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten*, Hamburg.

Goos, Diethart (2001), Partnerprobleme nach Ringstorffs Seitensprung, in: *Die Welt* v. 14. Mai.

Harmel, Robert, Janda, Kenneth (1994), An Integrated Theory on Party Goals and Party Change, in: *Journal of Theoretical Politics*, Heft 3, S. 259–284.

Heitkamp, Sven (2001), Conny Ernst entzweit die Gemüter in Sachsen, in: *Leipziger Volkszeitung* v. 26. Juli.

Heuer, Uwe-Jens, Lieberam, Ekkehard, Schirmer, Gregor (1996): Zur Regierungsbeteiligung der PDS, in: *Disput*, Heft 8, S. 7 f.

Hoff, Benjamin-Immanuel, Kahrs, Horst, Woop, Gerry (2005), Aspekte eines linken Crossover-Diskurses, in: *spw*, Nr. 145, S. 49–52.

Hohlt, Andreas, Bortfeldt, Heinrich (2004), »Jein« zu Europa. Der Europa-Parteitag der PDS, in: *Deutschland-Archiv*, Heft 2, S. 190–198.

Holter, Helmut (2000), Mehrheiten gewinnen durch eine Politik für Mehrheiten. Rede auf dem Landesparteitag der PDS Mecklenburg-Vorpommern am 25.11.2000 in Greifswald, in: *Pressedienst*, Nr. 48.

Hough, Dan (2000), »Made in Eastern Germany«: The PDS and the Articulation of Eastern German Interests, in: *German Politics*, Heft 2, S. 125–149.

Hough, Dan (2002), *The Fall and the Rise of the PDS in Eastern Germany*, Birmingham.

Hough, Dan, Olsen, Jonathan (2004), The PDS and Participation in Eastern German Land Governments, in: *gfl-journal*, H. 3, S. 117–142.

Jörs, Inka (2003), East Germany: Another Party Landscape, in: *German Politics*, Heft 1, S. 135–158.

Käßner, Frank (2005), »Die Bundeskanzlerin ist selbst aus dem Osten«, in: *Die Welt* v. 17. Oktober.

Klameth, Steffen (2000), Roter Schatten-Haushalt, in: *Sächsische Zeitung* v. 27. Juni.

Klaus, Manfred (2005), *Mit dem Mandat der PDS. Material zur Kommunalpolitik der PDS* (Manuskript).

Klesmann, Martin (2003), Erfolg für PDS-Reformer: Christoffers als Landeschef wiedergewählt, in: *Berliner Zeitung* v. 10. Februar.

Klotz, Johannes (1996), *Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von KPD und SPD in Ostdeutschland*, Heilbronn.

Koß, Michael, Hough, Dan (2006), Between a Rock and many Hard Places – The PDS and Government Participation in the Eastern German Länder, in: *German Politics*, Heft 1 (im Erscheinen).

Küpper, Mechthild (2004), Hartz IV als Glaubwürdigkeitstest, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 5. August.

Lasch, Hendrik (2004), Zwischen Profil und Partnersuche, in: *Neues Deutschland* v. 29. November.

Liebich, Stefan (2003), Drei Zahlen - milliardenschwer, in: *Disput*, Nr. 10.

Mair, Peter (2002), Populist Democracy vs. Party Democracy, in: *Democracies and the Populist Challenge*, hg. v. Yves Mény u. Yves Surel, Basingstoke, New York, S. 81–98.

Mallwitz, Gudrun (1999), »Politbüro Tack«, in: *Berliner Morgenpost* v. 5. Dezember.

Mara, Michael (1997), Die PDS denkt sich ins Mitregieren hinein, in: *Tagesspiegel* v. 14. Januar.

McKay, Joanna (2002), From Pariah to Power: The Berlin Election of 2001 and the PDS question, in: *German Politics*, Heft 2, S. 21-38.

Mentschel, Stefan (2003), »PDS-Glaubwürdigkeit bedroht«, in: *Neues Deutschland* v. 16. Oktober.

Micus, Matthias (2005), Die Quadratur des Kreises. Parteiführung in der PDS, in: *Die Parteivorsitzenden der Bundesrepublik Deutschland 1949-2004*, hg. v. Daniela Forkmann u. Michael Schlieben, Wiesbaden, S. 263-302.

Miller, Tobias (1997), »Wir wollen Magdeburger Verhältnisse«, in: *Berliner Zeitung* v. 24. November.

Mudde, Cas (2004), The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition*, Heft 3, S. 541–563.

Neugebauer, Gero (2001), Die PDS in Brandenburg - wohin des Wegs? In: *Perspektive 21*, Heft 13, S. 43–64.

Niedermayer, Oskar (2005), Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004. Reaktionen der Wähler auf Hartz IV, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1, S. 3–19.

Novak, Andreas (2003), Auf Kuschelkurs zum rot-roten Sieg, in: *Sächsische Zeitung* v. 16. Juli.

PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag (2004) (Hg.), Aleksa. Alternatives Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen.

Preusker, Ingo (1996), Der dritte Mann, in: *Wochenpost* v. 25. April.

Rada, Uwe (2001), PDS spart am besten, in: *Tageszeitung* v. 25. Juni.

Reimer, Nick (1999), Abschied von der Opposition, in: *Tageszeitung* v. 9. Dezember.

Rex, Wolfgang (2004), »Mehr einfallen lassen als SPD oder Grüne«, in: *Neues Deutschland* v. 15. November.

Strøm, Kaare (1990), A Behavioral Theory of Competitive Political Parties, in: *American Journal of Political Science*, Heft 2, S. 565–598.

Strøm, Kaare, Müller Wolfgang C. (1999), Political Parties and Hard Choices, in: *Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*, hg. v. Wolfgang C. Müller u. Kaare Strøm, Cambridge, S. 1–35.

Walter, Klaus, Freitag, Jan (2002), Von Aufruhr keine Spur, in: *Ostsee Zeitung* v. 4. November.

Wenz, Dieter (1997), Schwerin, die höchste Hochburg, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13. Dezember.

Wolf, Harald (2004), *Zwei entscheidende Jahre. Plädoyer für die Fortsetzung der Koalition über 2006 hinaus* (Manuskript).

This document was created with Win2PDF available at http://www.win2pdf.com.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.
This page will not be added after purchasing Win2PDF.